



## Pressemitteilung

### **FDP-FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG BEANTRAGT, DEN WOLF INS JAGDRECHT AUFZUNEHMEN**

#### **WOLF-EXPERTIN DER TIERSCHUTZPARTEI SPRICHT VON EINER "PERFIDITÄT DER JÄGERLOBBY"**

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ -Tierschutzpartei ist erstaunt und verärgert über den am 02.09.21 eingebrachten Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Niedersächsischen Jagdgesetz, der die Bejagung des Wolfes ermöglichen soll. Begründet wird der Antrag damit, dass die Weidetierhalter in ihrer Existenz extrem bedroht seien.

Wenn man die Zahlen für 2020 zugrunde legt, so gab es deutschlandweit 3959 tote Tiere durch Wolfsrisse. 89,3% davon waren Schafe, was 3535 Tieren entspricht. Bei einem Schafbestand von 1,48 Millionen machen die Risse ganze 0,24% aus. Diese 0,24 % können kaum die Existenz der Weidetierhalter in ihrer Gesamtheit bedrohen. Vielmehr ist naheliegend, dass ihnen der starke Konkurrenzdruck und die niedrigen Preise für Wolle zu schaffen machen. Zudem leistet das Land Niedersachsen sowohl Zahlungen für den präventiven Schutz der Weidetiere als auch Schadensersatz bei Wolfsriss. Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht löst außerdem die Probleme der Weidetierhalter mitnichten, denn egal ob in einem Gebiet zwei Wölfe oder ein Rudel mit acht Wölfen lebt: Die Risse werden nicht aufhören, solange die Tiere nicht ausreichend geschützt sind. Gegen Deutschland wird bereits ein Strafverletzungsverfahren der EU-Kommission eingeleitet – einerseits, weil ungerechtfertigte Abschüsse von Welpen erfolgten, andererseits, weil es versäumt wurde, Habitate zu schaffen, in denen der Wolf geschützt leben kann. Aus Erfahrung wissen wir, dass dies für Deutschland ziemlich teuer werden kann. Ein Abschuss von einzelnen Tieren oder ganzer Rudel darf nach unserer festen Überzeugung nur als allerletzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden, falls alle Vergrämnungsmaßnahmen nicht fruchten und nach EU-Recht alle Mittel der technischen Möglichkeiten des Herdenschutzes ausgeschöpft sind.

Für Christiane Müller-Schmolt, Wolfs-Expertin und Brandenburgische Landesvorsitzende der Tierschutzpartei, sowie Michael Seelmeyer vom Landesverband Niedersachsen steht fest, dass es der FDP nicht um die Weidetierhalter geht. Vielmehr oute sie sich wieder einmal als willfährige Partei der Jägerlobby. Und der Blick nach Sachsen deckt für Frau Müller-Schmolt eine weitere Absicht im Antrag der FDP auf: Dort nämlich galt als Bedingung bei der Aufnahme des Wolfes in das Landesjagdrecht, dass wilde Hunde nicht mehr geschossen werden dürfen. Nun beabsichtigt die FDP aber den Coup, dass hybride wolfsähnliche Hunde gemäß §23 BJagdG als Bestandteil unter den Schutz des Wildes vor wildernden Hunden fallen. Gleichzeitig soll der betroffene Jäger strafrechtlich nicht verfolgbar sein, wenn er den Unterschied anhand optischer Merkmale nicht ausmachen kann. Müller-Schmolt: „Diese Perfidität der Jägerlobby, den Wolf durch die Hintertür auszurotten, ist kaum zu überbieten.“

Weitere Informationen unter:  
<https://www.tierschutzpartei.de>

Dr. Marcel Krohn, Pressesprecher  
Tel.: 0178 44 505 44



Der Wolf war bereits einmal ausgerottet in Deutschland. Jetzt gilt es, ihn zu schützen.

©firevulpes.deviantart.com (Freie kommerzielle Nutzung.)

PARTEI MENSCH UMWELT  
TIERSCHUTZ  
Tierschutzpartei  
Schreiersgrüner Str. 5  
08233 Treuen  
Telefon: 037468 / 5267  
[sekretariat@tierschutzpartei.de](mailto:sekretariat@tierschutzpartei.de)



Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versandt.  
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich auf Tierschutzpartei angemeldet haben.

[Abmelden](#)



© 2021 Tierschutzpartei